

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **77 (1990)**

Heft 6: **Sexualpädagogik angesichts von AIDS**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zürich

Seminar Unterstrass mit neuem Leitbild

Das Evangelische Lehrerseminar Unterstrass, die einzige private Lehrerbildungsstätte im Kanton Zürich, will in der Ausbildung seiner Schüler neue Wege gehen. Zu diesem Zweck wurde ein pädagogisches Leitbild erarbeitet, das sich im besonderen durch die Förderung individueller und sozialer Fähigkeiten sowie musisch-kreativer Kräfte, durch Praxisnähe und die Auseinandersetzung mit ethischen und religiösen Fragen auszeichnet.

Luzern

Kanti-Schülerinnen benachteiligt?

Rund 80 Schülerinnen der Kantonsschule Alpenquai, Luzern, fühlen sich im Hauswirtschaftsunterricht gegenüber ihren Schulkollegen benachteiligt. Darum fordern sie in einer Petition an die Erziehungsdirektorin Brigitte Mürner-Gilli, dass das für die Knaben freiwillige Fach für alle obligatorisch wird.

Bis jetzt haben nur 13 von 90 Knaben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, freiwillig am Hauswirtschaftsunterricht teilzunehmen. Die übrigen männlichen Kollegen nehmen in dieser Zeit frei, beklagen sich die Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule mit vier solidarischen Lehrpersonen. Deshalb verlangen sie von Regierungsrätin Mürner, «alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um diese Ungerechtigkeit möglichst bald abzuschaffen». Mit dieser Forderung aus der Kantonsschule würden «offene Türen eingerannt», erklärte Kurt Helbling, Vorsteher der kantonalen Mittelschulabteilung im Erziehungsdepartement. Seit zwei Jahren sei eine Fachkommission im Auftrag des Erziehungsrates daran, dieses und weitere Probleme im Bereich der Stundenplanung auf der Orientierungsstufe (7. bis 9. Schuljahr) zu untersuchen.

Neue Kompetenz für Schulbehörden der Stadt Luzern

In Zukunft sollen die Aufsichtskommissionen und nicht mehr die Schulleitung und die Lehrer entscheiden, ob eine Schülerin oder ein Schüler definitiv von einer städtischen Mittelschule ausgeschlossen wird.

Bei den Aufsichtsbehörden der städtischen Mittelschulen in Luzern kündigen sich wichtige Neuerungen an. Auf den 1. Januar 1992 soll ein Reglement wirksam werden, das ihre Kompetenzen neu regelt. Der Entwurf sieht eine bessere Fachaufsicht der Schulen vor, überträgt das Präsidium der Aufsichtskommissionen einem ihrer Mitglieder und nicht mehr dem Schuldirektor und postuliert eine ständige Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Das Reglement wird noch vor das Stadtparlament kommen.

Verein Luzerner Gymnasiallehrer für schulfreien Samstag

Die Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer befürworten mehrheitlich die Einführung des schulfreien Samstags unter der Bedingung, dass die Schüler nicht zusätzlich belastet werden. Ein grosser Teil der Lehrerinnen und Lehrer kann sich aber auch die Beibehaltung des heutigen Systems vorstellen. Um die Belastung der Schüler zu reduzieren, schlägt der Verein Luzerner Gymnasiallehrer auch eine Reduktion der Lektionsdauer von 45 auf 40 Minuten vor.

Uri

Frühitalienisch statt Frühfranzösisch

Uri leistet Pionierarbeit: Als bisher einziger Kanton will Uri anstelle des Französischunterrichts Italienisch als erste Fremdsprache in der Primarstufe einführen. Spätestens zu Beginn des Schuljahres 1994/95 werden die Schülerinnen und Schüler in der 5. Klasse erstmals in der italienischen Landessprache unterrichtet werden. Die notwendige Ausbildung der Lehrkräfte und die Erstellung der Lehrmittel kostet den Gotthardkanton insgesamt 1,5 Millionen Franken.

Der Italienischunterricht wird im 5. und 6. Schuljahr je zwei Lektionen pro Woche umfassen. Der Unterricht ist zwar obligatorisch, wird aber nicht benotet. Wie Erziehungsrätin Elisabeth Pfyl erklärte, wird die italienische Landessprache in erster Linie als Begegnungssprache angesehen: «Die Kinder sollen nicht Grammatik oder einzelne Wörter pauken müssen. Es geht vor allem darum, gesprochenes und geschriebenes Italienisch zu verstehen und sich auch mit dem italienischsprechenden Partner verständigen zu können.» Damit die Schüler durch die zusätzliche Stunden keinem zu hohen Leistungsdruck ausgesetzt sind, soll der bisherige Unterricht um eine Lektion Deutsch und eine weitere entweder im Bereich Mathematik, Mensch und Umwelt oder eine freie Fachlektion gekürzt werden.

Trotz dieser Neuerung bleibt der Französischunterricht an der Oberstufe bestehen. Italienisch wird aber in zwei Lektionen pro Woche zusätzlich eingeführt. Neben Französisch und Italienisch soll ausserdem neu der Englischunterricht – Englisch konnte bisher als Freifach besetzt werden – ab dem 9. Schuljahr obligatorisch werden. Damit die in der Primarschule gewonnenen Italienischkenntnisse für die künftigen Maturanden nicht vergebens sind, werden bis zur Matura italienische Sprachkurse zur Weiterbildung angeboten. Dasselbe Angebot besteht auch an der kaufmännischen Berufsschule und an der Detailhandelschule.

Uri im Alleingang

Mit der Wahl von Italienisch hat der Kanton Uri einen mutigen Schritt gewagt. In der ganzen Schweiz existieren bisher keine geeigneten italienischen Lehrmittel für die Primarstufe. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Tessin muss Uri das schriftliche Schulmaterial selber erarbeiten. Das Erstellen der Lehrmittel und die Grundkurse für die Lehrkräfte sind denn auch nicht gratis: Die anfallenden Kosten belaufen sich auf 1.5 Millionen Franken, die auf sieben Jahre verteilt werden.

Wie Erziehungsdirektor Hansruedi Stadler betonte, ist sich die Urner Regierung der Schwierigkeiten durchaus bewusst, die dieser Alleingang zwangsläufig mit sich bringen wird: «Natürlich wird diese Neuerung Diskussionen und auch kritische Äusserungen zur Folge haben. Wir stehen jedoch zu diesem Entscheid.» Dass der Kanton Uri den schwierigeren Weg gewählt hat, hängt in erster Linie mit den guten Beziehungen zum Nachbarkanton Tessin zusammen. Erziehungsrat Isidor Sargenti: «Die Begegnungssprache Italienisch als Sprache des Nachbarn hat für den Urner erste Priorität.»

Susy Scheriber in: LNN vom 4.5.90 (gekürzt)

Für längere Schulschulnachmittage

An Altdorf soll nach dem Willen einer Mehrzahl der Eltern versuchsweise die Viereinhalb-Tage-Woche an der Schule eingeführt werden.

Seit einiger Zeit gibt die Zahl der Schultage in Altdorf zu reden, zumal im Grossteil der Urner Gemeinden bereits die Fünf-Tage-Woche eingeführt ist. In einer vom Schulrat durchgeführten Elternumfrage zeigte sich nun, dass 60 Prozent der Eltern auch für Altdorf die Fünf-Tage-Woche postulieren. Mehr noch: 65 Prozent der Antworten ergaben eine positive Stellungnahme zu einer Viereinhalb-Tage-Woche. Diese kann nur mit einer Verlängerung der nachmittäglichen Unterrichtszeit eingeführt werden. Aufgrund der positiven Stellungnahme hat der Schulrat Altdorf nun beschlossen, beim kantonalen Erziehungsrat um eine Bewilligung für eine Probezeit mit diesem System zu ersuchen. Eine definitive Einführung würde später dann eine Revision der kantonalen Schulordnung notwendig machen.

Schwyz

Offene Schule für Erwachsene

Das Lehrerseminar Rickenbach macht einen Teil seines Unterrichtes auch interessierten Erwachsenen zugänglich. Mit der «Offenen Schule» will man bestehende Lücken im regionalen Angebot der Erwachsenenbildung ausfüllen.

Die Idee der «Offenen Schule» ist an sich nicht neu, sondern heuer genau zehnjährig. Jetzt aber wird das Projekt neu aktiviert. Einzelne Fächer an der Schule können semesterweise auch von aussenstehenden

Interessenten besucht werden. Der Unterrichtsbesuch ist kostenlos, allein die Schulmaterialien müssen aus dem eigenen Sack bezahlt werden. Ausgeklammert aus dem Angebot der «Offenen Schule» sind die Fremdsprachen, die Informatik, das Maschinenschreiben, die Instrumentalstunden und der Sportunterricht. In diesen Bereichen nämlich steht nach Überzeugung von Direktor Max Küng auch andersorts ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot zur Verfügung.

Besuchsmöglichkeiten an der «Offenen Schule» am Lehrerseminar Rickenbach bieten sich hingegen in Fächern wie Religionslehre, Deutsch, Geschichte, Staatskunde, Pädagogik, Heilpädagogik, Psychologie, Zeichnen, Werken, Mathematik, Physik, Chemie und Biologie. Für ehemalige Lehrerinnen und Lehrer stehen zudem auch die berufsspezifischen Didaktiklektionen offen. Interessenten für die «Offene Schule» ab dem im August beginnenden nächsten Semester erhalten bei der Direktion des Lehrerseminars Rickenbach weitere Auskünfte.

Schwyz Lehrer wollen mehr Lohn

Seit der letzten Realloohnerhöhung für die Schwyzer Lehrerschaft sind zehn Jahre vergangen. Jetzt ist nach Meinung des Lehrervereins eine nächste Lohnerhöhung nötig, ansonsten der Kanton eine «für ihn penible, für den Lehrer demütigende und für die Schule folgenschwere Situation riskiert».

Der kantonale Lehrerverein versucht seit rund zwei Jahren zu erwirken, dass die Lehrergehälter das schweizerische Mittel erreichen. Derzeit liegen sie je nach Dienstjahren und Unterrichtsstufe um 2 bis maximal 10 Prozent unter dem nationalen Mittel. In der Zwischenzeit wurden wohl die Saläre der Reallehrer angepasst, eine Lohnerhöhung für die Primar- und Sekundarstufen hingegen nicht vorgenommen.

Zug

Doppelinitiative: Prüfungsfreier Übertritt?

Eine Gruppe «Perspektiven für unsere Schule», der Personen aus verschiedenen politischen Spektren – unter ihnen auch Ärzte und Lehrer – angehören, will Anfang April eine Doppelinitiative lancieren. Diese hat zum Ziel, an den Zuger Schulen den prüfungsfreien Übertritt von der Primarschule an die Oberstufe einzuführen. Ferner soll die Oberstufe der Volksschule durchlässiger, schülergerechter werden. Eine Konsultativabstimmung zeigte an der Versammlung vom 28. März in Zug, dass eine Mehrheit der Anwesenden in den prüfungsfreien Übertritt auch jenen an die Kantonsschule (Gymnasium) einschliessen möchte.

Im herrschenden Prüfungsverfahren werden die Kinder nach der Quotenregelung den verschiedenen Oberstu-

fentypen zugeteilt, wobei das Verfahren drei Elemente – Zeugnissenoten, Lehrerurteil und Leistungsprüfung – kennt.

Im weiteren stellte der VPOD Sektion Zug zwei weitere Initiativen zu Schulfragen in Aussicht. Sie betreffen «Gleiche Ausbildung für Knaben und Mädchen» sowie «Blockzeiten in der Primarschule».

Basel-Stadt

Terminverschiebung für die Schulreform?

Die Basler Regierung will für die Einführung der Schulreform nicht mehr am vorgesehenen Termin von 1992 festhalten. Zudem soll die bestehende Projektorganisation zur Erarbeitung des Reformvorhabens überprüft werden. Die Grösse und Kompliziertheit der Aufgabe benötige mehr Zeit und mehr Personal, gab die Regierung bekannt.

Aufgrund der bisherigen, offenbar nicht reibungslos verlaufenen Projektarbeiten hält die Regierung fest, dass die Wahrung von Mitspracherechten und -wünschen Umsicht und Vorsicht erfordere; dies lasse sich nicht in einen allzu engen Terminplan drängen. Zudem habe sich gezeigt, dass die Projektorganisation einer Änderung bedürfe. Der gesetzlich vorgesehene Termin von 1992 für die Einführung der Reform soll daher aufgehoben und dem Grossen Rat eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Die Schulreform war 1988 nach jahrelangen Vorarbeiten einer Parlamentskommission vom Volk gutgeheissen worden. Das Modell sieht eine vierjährige Primarschule vor, gefolgt von einer dreijährigen Orientierungsschule ohne Rückversetzungen; anschliessend erfolgt der Übertritt ins Gymnasium oder – vor Diplomschulen und Berufslehren – in eine zweijährige Weiterbildungsschule.

Basler Schulreform in der Krise

Nur gut ein Jahr nach Annahme durch die Volksabstimmung steckt die Basler Schulreform in einer tiefen Krise: Der Projektleiter warf das Handtuch – die Regierung ist nicht in der Lage, den gesetzlichen Einföhrungstermin einzuhalten. Jetzt sehen Gegner ihre Chance gekommen, die Reform zu unterlaufen.

Mit einer Ja-Mehrheit von 54 Prozent hatten die Basler Stimmberechtigten am 4. Dezember 1988 eine zukunftsweisende Schulgesetzänderung gutgeheissen. Kernpunkt der Reform: Der Eintritt ins Gymnasium entscheidet sich nicht mehr bereits im vierten Schuljahr, sondern im Verlaufe einer neuen dreijährigen Orientierungsschule, die an die vierjährige Primarschule anschliesst. Nach sieben Schuljahren erfolgt die Aufteilung in Gymnasium (fünf Jahre) und Weiterbildungsschule (zwei Jahre, Ausgangspunkt für Berufslehren, Diplommittelschule usw.)

Sieht das Gesetz vor, dass die Reform erstmals im Sommer 1992 eingeföhrt werden soll, ist dieser Zeitplan heute nicht mehr realistisch: Der aufwendige

Reformprozess steckt in einer tiefen Personal- und Strukturkrise. Nachdem im Februar schon die Vertreter der Schulleitungen und der Lehrerschaft in der Planungsgruppe ihre Zusammenarbeit mit Projektleiter Frank Deppeler aufgekündigt hatten, wird er im Oktober «im gegenseitigen Einvernehmen» mit dem Erziehungsdepartement ausscheiden.

Krise von Reformgegnern geschürt?

Zwar sprach Deppeler schon öffentlich von einer «Kampagne» hinter den Kulissen. Wie weit die Krise aber von Reformgegnern gezielt geschürt wurde, lässt sich nicht abschätzen. Auffällig sind bloss mehrere Versuche von politischen Parteien und Interessengruppen, substanzielle Teile aus der – vom Volk gutgeheissenen – Reform herauszubrechen. Aktiv sind dabei im wesentlichen jene Kräfte, die seinerzeit die Reform bekämpften – unter ihnen ehemalige Absolventen des humanistischen Gymnasiums, die ihre Bildungsstätte durch die neue Konzeption bedroht sehen. So verlangen Liberale, Freisinnige und die Demokratisch-Soziale Partei (DSP), die Orientierungsschule zuerst in Form eines Pilotprojekts zu testen und die endgültige Einföhrung auf dem ganzen Kantonsgebiet von den Versuchsergebnissen abhängig zu machen.

Geht das neue Schulsystem auf veränderte gesellschaftliche emanzipatorische Bedingungen und die Ideale der Informationsgesellschaft ein, befürchten die Reformgegner, dass es Eliteschüler an der reibungslosen Schulkarriere hindert. Eine Sprecherin des «Elternforums» gegen die Reform sprach angesichts der vielen eingeschulten ausländischen Kinder von einer Überforderung von Lehrern und Schülern durch «diesen heterogenen Ethno-Mix».

Zwei Jahre verzögert

Als einzige bürgerliche Regierungspartei steht die CVP auch heute deutlich hinter der neuen Schule, «die unsere Kinder mehr fördert statt selektioniert». Angesichts der jüngsten Entwicklung dürfe der Reformbeginn um «nicht mehr als zwei Jahre» verschoben werden. Auch die staatliche Schulsynode unterstützt die neue Schule, stellt aber acht Forderungen für ein neues Organisationskonzept. So müsse die Arbeit von unten nach oben verlaufen und die Mitsprache aller Betroffenen gewährleistet.

Einen zusätzlichen Zeitbedarf von zwei Jahren hat jetzt offiziell auch die Regierung angemeldet. Von einem Pilotprojekt allerdings will der freisinnige Erziehungsdirektor Hans-Rudolf Striebel nichts wissen; vielmehr will er die Reform «in einem Aufwasch» durchziehen. Die linken Parteien machen Striebel für die Planungskrise verantwortlich und werfen den Gegnern vor, sie wollten «die Schulreform mit dem Vehikel eines Pilotprojekts doch noch unterlaufen».

Peter Knechtli in: LNN vom 25.4.90

St. Gallen

Die Pädagogische Hochschule erhält ein neues Quartier

Mit 70302 Ja zu 25 290 Nein haben sich die Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen deutlich für eine räumliche Zusammenfassung der heute an mehreren Orten behelfsmässig untergebrachten Pädagogischen Hochschule (PHS) ausgesprochen.

Keine der 90 Gemeinden lehnte die Vorlage ab; kantonsweit betrug die Beteiligung 37,2 Prozent. Die PHS bildet Sekundar- und Reallehrer aus, betreibt pädagogisch-didaktische Forschung und führt auch Übungsschulen. Für alle diese Zwecke kann nun der Kanton von der Stadt St. Gallen das zentral gelegene Primarschulhaus Hadwig erwerben und es bedarfsgerecht umbauen. Die Kosten sind auf insgesamt 24,4 Mio. Fr. veranschlagt; davon gehen nach Abzug der Bundesbeiträge knapp 13,6 Mio. Fr. zulasten des Kantons. Bezugsbereit wird der künftige PHS-Sitz allerdings erst Mitte der neunziger Jahre sein, da vor dem Umbau zunächst noch ein neues städtisches Primarschulgebäude zu errichten ist.

Beiträge an private katholische Schulen

Alljährlich erhalten die katholischen Schulen im Kanton St. Gallen Beiträge des katholischen Konfessionsteils. 1989 stand dem Katholischen Administrationsrat ein Beitrag von 680 000 Franken zur Verfügung.

Die Katholische Mädchensekundarschule Gossau bekommt für ihre 124 St. Galler Schülerinnen den Betrag von 95 000 Franken. Hinzu kommt ein Überbrückungsbeitrag von 50 000 Franken, sowie einen Baubeitrag von 20 000 Franken an die Erneuerung der Heizanlage.

Dem Gymnasium Friedberg in Gossau mit 133 Schülern aus dem Kanton St.Gallen fliessen zusammen mit dem Sockelbetrag von 151 745 Franken zu (Vorjahr 139 931 Franken).

Neuordnung der Lehrerlöhne im Kanton St. Gallen

Der St. Galler Grosse Rat hat eine Revision der Besoldungsordnung für Lehrkräfte auf der Volksschulstufe in erster Lesung durchberaten. Dabei gab insbesondere die Situation der Schulgemeinden am oberen Zürichsee zu reden. Diese befürchten, mit dem geplanten Einbau der Ortszulagen in die Grundgehälter – und so, im Ergebnis, mit der Schaffung kantonalen «Einheitslöhne» – werde sich ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Zürcher Nachbarschaft weiter verringern.

Schwerpunkte der Reform der Besoldungsordnung sind einerseits die Abschaffung des bisherigen Ortszulagensystems, andererseits die Einführung eines dritten Besoldungsmaximums für Lehrkräfte mit 25 (Real-, Sekundar-, Sonderschule) bzw. 27 Dienstjahren (Kindergärten, Primar-, Arbeits- und Hauswirtschaftsschulen). Faktisch bedeutet dies, dass erfahrenen

Lehrerinnen und Lehrern in Schulgemeinden mit heute relativ geringen Ortszulagen erhebliche Verbesserungen in Aussicht stehen. Umgekehrt wird sich das Einkommen jüngerer, in Gemeinden mit Maximalzulagen tätiger Lehrkräfte kaum wesentlich oder überhaupt nicht erhöhen.

Von einem «Dilemma» sprachen Vertreter aus dem Bezirk See, vor allem solche aus der Gemeinde Jona. Hier haben auf Ende des laufenden Schuljahres nicht weniger als 1,3 Primarlehrerinnen und Primarlehrer ihre Kündigung eingereicht. Sieben von ihnen treten Stellen im Kanton Zürich, zumeist in der Nachbargemeinde Rüti, an. Selbst wenn diese (Arbeits-, nicht unbedingt Wohnorts-)Wechsel auch noch andere als finanzielle Gründe haben mögen – die Perspektive ist tatsächlich unerfreulich. Sie ist es um so mehr, als der Lehrermangel allgemein wieder spürbar und eine nächste Zürcher «Lohnrunde» bereits in Sicht ist. Zahlen, die im Verlauf der St. Galler Parlamentsdebatte genannt wurden, mögen ein Bild der Salärverhältnisse vermitteln. Danach liegen die maximalen Verdienstaussichten für Primarlehrer und Primarlehrerinnen im Kanton St. Gallen gegenwärtig um 21 000 Franken unter jenen im Kanton Zürich. Mit der Revision des Besoldungsgesetzes liesse sich der Unterschied auf gut 14 000 Franken pro Jahr verringern. Die beabsichtigten (noch nicht beschlossenen) Anpassungen auf Zürcher Seite könnten die Differenz aber sogar in den Grössenbereich von 30 000 Franken treiben.

stb. in: NZZ vom 9.5.90 (gekürzt)

Tessin

Schulpolitische Standortbestimmung

Im Tessiner Grossen Rat ist das neue Schulgesetz, dem die Funktion eines Rahmengesetzes zukommt, deutlich angenommen worden. Umstritten waren vor allem der Religionsunterricht, die Rolle der Privatschulen und die Wahl der Schuldirektoren.

Das Tessiner Kantonsparlament hat am 1. Februar nach viertägiger Debatte mit deutlicher Mehrheit (55 Ja, 7 Nein, 9 Enthaltungen) ein neues Schulgesetz verabschiedet; dafür gestimmt hatten FDP, CVP und SVP, dagegen die Tessiner SP, während sich der Partito Socialista Unitario der Stimme enthielt. Das neue Gesetz hält am Primat der öffentlichen staatlichen Schule fest (der Staat erlaubt die Privatschulen, aber leistet keine finanzielle Unterstützung), abgelehnt wurde ein Antrag, wonach der Staat für das Schulmaterial in Privatschulen hätte aufkommen müssen. Das Gesetz regelt weiter den Religionsunterricht, behält der Regierung die Wahl der Schuldirektoren vor (ohne Konsultation der Lehrerschaft) und räumt den einzelnen Schulen einen gewissen «autonomen» Spielraum ein (einen jährlichen Kredit, eine frei verfügbare Anzahl Lehrerstunden, die Möglichkeit einer «Institutskommission» aus Direktions-, Lehrer-, Eltern- und

Schülervertretern). Etwas im Schatten dieser Artikel, die die Gemüter vor allem bewegten, standen in der Debatte einige weitere, mit denen die gesetzlichen Grundlagen für Schulversuche, Mitsprache der Lehrer, Erwachsenenurse, Fort- und Weiterbildung und die Vorbereitung der Lehrer auf ihre didaktischen Aufgaben geschaffen werden.

Keine staatliche Unterstützung der Privatschulen

Man konnte den Eindruck erhalten, dass in den letzten Wochen etwas gar viel Druckerschwärze geflossen und im Ratsaal etwas viel Luft bewegt worden sei; insgesamt hat die Gesetzesvorlage aber dem Tessin zu einer interessanten schulpolitischen Standortbestimmung Gelegenheit gegeben. Gerade auch jene Teile der Debatte, die man gelegentlich etwas ironisch als «Rückfall ins 19. Jahrhundert» apostrophieren mochte, konnten daran erinnern, dass einige Errungenschaften jener Zeit keineswegs an Bedeutung und Aktualität verloren haben. Zu diesen gehört die damals mühsam genug erkämpfte öffentliche Schule, die von allen Bürgern mitgetragen werden soll und in der seither Kinder unterschiedlichster Herkunft lernen, miteinander auszukommen.

Natürlich stellten die Liberalen die Verdienste ihrer Ahnen um diese Institution nicht unter den Scheffel; mit einer eigentlichen Brandrede, vom Pathos des letzten Jahrhunderts getragen, warnte etwa der frühere Staatsrat Righetti vor Rückfällen ins Mittelalter. Den Stellenwert der Volksschule zum Bewusstsein zu bringen, mag aber auf seine Weise nicht wenig beigetragen haben, dass die schärfsten Attacken gegen die «monopolistische Staatsschule» von der *Comunione e Liberazione* stammten, die unermüdlich gegen die «Hegemonie der rationalistischen Kultur, dieser Tochter der sogenannten Aufklärung» vom Leder zieht. Mit 43 gegen 34 Stimmen fiel der Entscheid gegen die Subventionierung der Privatschulen nicht überwältigend, aber doch deutlich. Bei der Kompromissregelung für den Religionsunterricht, aus deren Ablehnung die CVP den «Casus Belli» zu machen bereit gewesen wäre, lenkte die Mehrheit der Liberalen – gegen die engagierteren Laizisten in den eigenen Reihen – ein.

(rfr. in: NZZ vom 5.2.90)

Wallis

Einführung der 4 1/2-Tage-Woche in den Walliser Schulen?

Gestützt auf einen Bericht des Erziehungsdepartementes hat der Staatsrat in seiner Sitzung vom 6. September 1989 das Prinzip der Einführung der 4 1/2-Tage-Woche angenommen und das Datum der Inkraftsetzung dieser wichtigen Innovation auf den 1. September 1991 festgelegt. Das Erziehungsdepartement wurde beauftragt, den zuständigen Instanzen die erforderlichen Anpassungen der Gesetzestexte in dieser Sache zu beantragen. Ausserdem wird es in Zusammenarbeit mit den interessierten Kreisen in dieser Zeit ebenfalls die Stundenpläne anpassen.

Nachtragskredit für Walliser Ingenieurschule

Einstimmig hat der Walliser Grosse Rat einen Nachtragskredit von 7,4 Millionen Franken für die Walliser Ingenieurschule in Sitten genehmigt. Jedoch verweigerte das Kantonsparlament der Vorlage mit 67:51 Stimmen die Dringlichkeit, so dass der Rat im Mai in zweiter Lesung noch einmal über den Kredit zu befinden hat.

Die Investitionen für die Walliser Ingenieurschule, die Ende 1988 ihre Tore öffnete, haben 47,6 Millionen Franken erreicht. Davon übernehmen die Eidgenossenschaft 54 Prozent, der Kanton 26 Prozent und die Stadt Sitten 20 Prozent. Die Schule zählt derzeit 155 Studenten, darunter 87 Französisch- und 68 Deutschsprachige. Für das nächste Schuljahr sind bereits 290 Interessentinnen und Interessenten eingeschrieben.

Neuenburg

13. Monatslohn auch für Neuenburger Beamte

Der gestaffelten Einführung des 13. Monatslohns ist für kantonale Beamte vom Kantonsparlament einhellig zugestimmt worden. Wenn man bedenkt, dass mit der Vorlage auch die Lehrer sowie das Personal der vom Staat subventionierten Institutionen des Gesundheitswesens in den Genuss dieser Reallohnerhöhung gelangen sollten, ist es nicht erstaunlich, dass die budgetierten jährlichen Mehrausgaben des Staates auf rund 26 Millionen Franken veranschlagt werden. Dieser Betrag mag hoch erscheinen, aber der Kanton holte mit dieser Vorlage nur einen besoldungspolitischen Rückstand auf. Diese Überlegung mag denn auch dazu beigetragen haben, dass 39 859 Stimmbürger die Vorlage annahmen gegenüber 21 607 «Nein-Sagern».